

# Protest gegen Verschärfung des Versammlungsrechts

Gegner fürchten um Grundrecht und sehen sich als Opfer der Kleinstaaterei



MÜNCHEN – Rund 2.000 Vertreter von Gewerkschaften und der Opposition im bayerischen Landtag haben in München gegen die von der CSU-Regierung geplante Verschärfung des Versammlungsrechts protestiert.

«Es ist der Geist der CSU in Bayern, der das Versammlungsrecht einschränken will«, kritisierte SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget bei einer Kundgebung vor der CSU-Zentrale und ergänzte: «Wir wollen einen Freistaat mit freien Rechten für Bürgerinnen und Bürger.» Auch die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kritisierte die geplante Gesetzesänderung: «Dieses Gesetz strahlt den Geist obrigkeitsstaatlichen Denkens aus.»

## Taugliches Mittel gegen Rechte?

Zuvor hatten sich die Demonstranten vor dem Münchner DGB-Haus versammelt und waren in einem Protestmarsch durch die Innenstadt gezogen. Bei der anschließenden Kundgebung kritisierte Margarete Bause, Fraktionschefin der Grünen im Landtag, das eigentliche Ziel, mit dem geplanten Gesetz Aufmärsche von Neonazis zu verhindern, werde mit dem Gesetzesvorhaben nicht erreicht. Die CSU habe bisher nur «kleine, marginale Änderungen» an ihrem Gesetzentwurf vorgenommen, die lediglich dazu dienten, die Proteste zu beruhigen.

Kritik an den CSU-Plänen kam auch vom bayerischen DGB-Chef Fritz Schösser: Es mache keinen Sinn, dass die Versammlungsfreiheit in Zukunft in jedem Bundesland autonom behandelt werde. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit werde in der Kleinstaaterei der Bundesländer zerrieben, sagte Schösser bei der Kundgebung.

## Unwürdig für einen Freistaat

Der ehrenamtliche bayerische Verfassungsrichter Klaus Hahnzog sprach von einem «reinen Etikettenschwindel». Die geplante Gesetzesänderung sei «unwürdig für ein Land, das sich Freistaat nennt», sagte Hahnzog vor den Demonstranten.

*dpa*

23.6.2008

<http://www.erlanger-nachrichten.de/artikel.asp?art=837234&kat=27&man=12>